



## Liebe Leserinnen und Leser,

die furchtbaren Terroranschläge in Frankreich in der vergangenen Woche haben uns alle zutiefst entsetzt und erschüttert. Wir trauern um die unschuldigen Opfer. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gehören ihren Angehörigen und Hinterbliebenen. Dem französischen Volk stehen wir in dieser schweren Stunde solidarisch zur Seite.

## Freiheit und Demokratie entschlossen verteidigen

Die niederträchtigen Morde sind ein Angriff auf unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft. Auf diese Bedrohung gibt es nur eine richtige Antwort: Wir



müssen gemeinsam unsere Werte entschlossen verteidigen. Unsere Antwort heißt: mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Offenheit. Dem blinden Hass der Extremisten haben weit über eine Million Menschen am Sonntag in Paris ein beeindruckendes Zeichen der Toleranz, Geschlossenheit und des friedlichen

Miteinanders aller Religionen entgegengesetzt. Die SPD-Bundestagsfraktion steht fest an der Seite der überwältigenden Mehrheit der friedlich lebenden Muslime in unserem Land, die sich klar von Terror und Gewalt distanzieren.

Bundespräsident Joachim Gauck hat anlässlich der Kundgebung **"Zusammenstehen – Gesicht zeigen"** auf dem Pariser Platz in Berlin eine Ansprache gehalten.

## Schutz vor Terror wirksam verstärken

Jeder Mensch muss in Deutschland in Frieden und ohne Angst leben können. Die Sicherheit in unserem Land wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deshalb mit allen Mitteln des Rechtsstaats verteidigen. Dort wo es notwendig ist, wird zügig gehandelt und der Schutz vor terroristischen Anschlägen wirksam verstärkt. Noch im Januar wird Justizminister Heiko Maas ein Maßnahmenpaket vorlegen, das die Reise von Islamisten in Terrorcamps härter unter Strafe stellt.

Auch wird künftig jegliche finanzielle Unterstützung von Terrororganisationen, etwa durch Spenden, strafbar sein. Wir werden zudem die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit ausreisewilligen Dschihadisten der Personalausweis entzogen werden kann.



Potenzielle „Gefährder“ und gewaltbereite Rückkehrer aus Kriegsgebieten müssen lückenlos überwacht werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird prüfen, ob die deutschen Sicherheitsbehörden über das hierfür erforderliche Personal und über die technische Ausstattung verfügen. Auch ist eine intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf nationaler und internationaler Ebene notwendig. Begleitend zu den Maßnahmen zur akuten Terrorabwehr bedarf es jedoch einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, um eine weitere Radikalisierung junger Menschen in Deutschland und Europa schon in den Anfängen zu verhindern.

### **Deutschland ist auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen**

Auf der [Jahresauftaktklausur](#) in der vergangenen Woche hat sich die Fraktion mit dem Thema Zuwanderung beschäftigt. In den irrationalen Feindseligkeiten gegen eine vermeintliche Überfremdung unserer Gesellschaft drückt sich vielfach ein Unbehagen gegenüber Zuwanderung aus. Eine fatale Fehlwahrnehmung in einem Land, das wirtschaftlich auf Zuwanderung angewiesen ist.

Fakt ist: Aufgrund der Alterung unserer Gesellschaft wird Deutschland in den kommenden Jahren jährlich rund 400.000 Arbeitskräfte verlieren. Diese Lücke lässt sich weder durch die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen noch durch die Nachqualifizierung von Beschäftigten und Arbeitslosen schließen. Deshalb brauchen wir unbedingt die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, auch um die Renten in einer alternden Gesellschaft künftig finanzieren zu können. Daher sagen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar und deutlich: Wer gegen Zuwanderung agitiert, gefährdet unseren Wohlstand und setzt unsere Renten aufs Spiel!

Deutschland ist längst schon ein Einwanderungsland. Eine ehrliche Debatte, die die Vorteile der Zuwanderung deutlich macht, ohne die Probleme zu verschweigen, ist überfällig. Wir brauchen zudem klare Regeln, welchen Arbeitskräften mit welchen Qualifikationen wir künftig die Zuwanderung unter welchen Bedingungen ermöglichen wollen. Klar ist: Der deutsche Arbeitsmarkt muss sich stärker als bisher für Menschen mit ausländischen Abschlüssen öffnen.





Die SPD-Bundestagfraktion will deshalb ein neues Einwanderungsgesetz, das einen klaren und übersichtlichen Rahmen für die Zuwanderung schafft. Nur so kann Deutschland im weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe und die besten Fachkräfte bestehen.

Neben der gezielten Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte muss Deutschland auch in Zukunft seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufnehmen. Damit diese Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen, müssen sie möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden – zumal viele gut ausgebildete Handwerker und Akademiker unter ihnen sind.

Deshalb wurde durchgesetzt, dass Asylsuchende künftig bereits nach 3 Monaten eine reguläre Arbeit aufnehmen können. Zudem will die SPD-Bundestagsfraktion die frühzeitige Förderung von Sprachkompetenz intensivieren sowie die gezielte Arbeitsvermittlung von Flüchtlingen und Einwanderern stärken.

## Zivile Krisenprävention intensivieren

Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung ist zu einem Kennzeichen deutscher Außen- und Friedenspolitik geworden.



Deutschland hat inzwischen bei der Entwicklung und Verbreitung ziviler krisenpräventiver Instrumente weltweit eine Führungsposition eingenommen. Zivile Krisenprävention bedeutet, vorsorgend in Frieden und Stabilität zu investieren, etwa durch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung, die Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft.

**Der vorliegende vierte Bericht der Bundesregierung** zieht eine Bilanz der Jahre 2010 bis 2014 und stellt die Schwerpunkte der zivilen Krisenprävention in der 18. Wahlperiode dar. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Bundesregierung darin unterstützen, die Krisenprävention und Konfliktbearbeitung noch weiter zu intensivieren und die Kooperation und Koordination mit den internationalen Partnern Deutschlands weiter auszubauen sowie die friedenspolitische Arbeit nationaler und lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure weiter fördern.



## Meldeverfahren in der sozialen Sicherung optimieren

Mit einem Gesetzentwurf, der in dieser Woche in erster Lesung beraten wurde, soll im Wesentlichen das Meldeverfahren in den Sozialversicherungen verbessert werden. Durch die geplanten Änderungen soll der Erfüllungsaufwand in der sozialen Sicherung verringert werden, um Unternehmen wie auch Behörden von bürokratischem Aufwand zu befreien. Unter anderem sollen Bescheinigungsdaten künftig elektronisch an die Rentenversicherung übertragen werden können. Durch die Änderung von Definitionen sollen zudem die elektronischen Meldeverfahren rechtssicherer werden. Auch wird das Waisenrentenrecht an das Steuer- und Kindergeldrecht angeglichen und die Einkommensanrechnung vereinfacht.

## Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen

Immer mehr Kinder aus bildungs- und einkommensschwachen Familien sind von Fehlernährung betroffen.

Daher wurde in dieser Woche über einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur gesunden Ernährung beraten. Dieser nimmt die Programme zur Ernährungsbildung und die Qualität der Verpflegung in Kitas, Schulen und öffentlichen Kantinen in den Blick. Dort soll die Qualität u.a. durch einen Ernährungs-TÜV und eine stärkere Verpflichtung der Anbieter auf Qualitätsstandards verbessert werden. Außerdem soll gesunde Ernährung in der nationalen Präventionsstrategie im Rahmen der Erarbeitung des Präventionsgesetzes eine besondere Rolle spielen.



Gesundes Essen ist Genuss – und eine ausgewogene Ernährung ist das beste Rezept für eine gute Gesundheit. Ernährung und Bewegung sind untrennbar miteinander verbunden. Wer sich viel bewegt, verbraucht mehr Energie. Mit der Initiative IN FORM fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine gesunde Lebensweise.

**IN FORM** bündelt bundesweit Projekte für einen gesunden Lebensstil und bietet Infos rund um eine gesunde Ernährung für alle Lebensbereiche von der Schwangerschaft bis ins Alter. In den Pausen des Berufsalltages werden Lebensmittel zu Kraftmitteln, in Schulen zu Lernmitteln, nach dem Sport zu Aufbaumitteln.



## Bildung in Deutschland voranbringen

**Der nationale Bildungsbericht** ist ein indikatorgestützter Bericht einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Auftrag der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz.



Er beschreibt Erfolge und Defizite in allen wichtigen bildungspolitischen Handlungsfeldern von der frühkindlichen Bildung über die schulische und berufliche Bildung bis zur Weiterbildung.

Schwerpunkt des fünften Berichts ist das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“. Diese Akzentuierung in den politischen Schlussfolgerungen greift der gemeinsame Antrag der Koalitionsfraktionen auf. Darin werden u.a. die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Kita-Ausbau und der

Ausbau der Bildungsforschung begrüßt.

## Vorreiter und Kämpfernaturen gesucht

Die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz lobt zum zweiten Mal den Bundespreis Verbraucherschutz aus. Interessierte können ab sofort Persönlichkeiten oder Projekte vorschlagen, die sich beispielsweise für eine gesunde Lebensweise, für Klarheit im Handel oder für gerechte Vertragsbedingungen einsetzen. Das Vorschlagsformular und Infos gibt es unter [www.verbraucherstiftung.de](http://www.verbraucherstiftung.de), Einreichungsfrist ist der 15. März 2015. Die Preisverleihung erfolgt auf dem Deutschen Verbrauchertag im Juni 2015.

Der Preis für eine herausragende Persönlichkeit ist mit 15.000 Euro, für ein Projekt mit 5.000 Euro dotiert. Schirmherr ist Bundesverbraucherschutzminister Heiko Maas.

Die Gewinner ermittelt eine hochkarätige Jury, der die Verbraucherschutzministerinnen und -minister aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sowie Vertreter von Verbraucherorganisationen, Wirtschaft und Wissenschaft angehören.



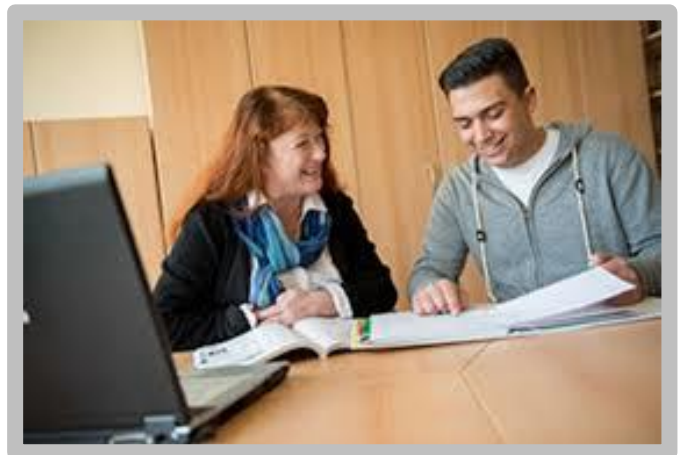


Mit dem Preis würdigt die Deutsche Stiftung **Verbraucherschutz Personen und Projekte**, die mit Beharrlichkeit, Engagement und viel persönlichem Einsatz einen nachhaltigen Fortschritt für alle Verbraucherinnen und Verbraucher erreichen. Verbraucherschutz braucht mutige Menschen, die sich nicht von unfairen Unternehmen oder Institutionen einschüchtern lassen. Mit dem Preis soll auf ihren Mut und ihre Ausdauer aufmerksam gemacht werden.

## **Unterstützung für den Start ins Berufsleben**

In diesem Jahr startet das **ESF-Bundesprogramm zur Berufseinstiegsbegleitung**. Mit rund einer Milliarde Euro ist es das finanzstärkste ESF-Programm, das der Bund in der Förderperiode 2014-2020 auflegt.

Viele junge Menschen haben Schwierigkeiten in der Schule, stolpern beim Start ins Berufsleben. Mit der Berufseinstiegsbegleitung gibt es eine Stütze mit deren Hilfe der erfolgreiche Einstieg ins Berufsleben auch für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler gelingen kann. Das Ziel ist es, keinen Jugendlichen auf dem Weg zu einem Schulabschluss und einer Berufsausbildung zurückzulassen. Diesen Schwerpunkt will Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles setzen, denn junge Menschen mit schlechteren Startchancen schaffen nicht immer aus eigener Kraft den Übergang von der Schule in den Beruf. Sie benötigen Unterstützung.



Durch die **kofinanzierte Berufseinstiegsbegleitung** verbessert sich aber nicht nur die Chance auf einen Ausbildungsplatz für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler. Durch die Betreuung während der ersten sechs Monate der Ausbildung wird auch die Abbruchquote verringert.

Durch die **kofinanzierte Berufseinstiegsbegleitung** verbessert sich aber nicht nur die Chance auf einen Ausbildungsplatz für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler. Durch die Betreuung während der ersten sechs Monate der Ausbildung wird auch die Abbruchquote verringert.

Insgesamt stehen für die Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung für die Schulkohorten 2014/2015 bis 2018/2019 Haushaltsmittel in Höhe von 1,06 Mrd. Euro zur Verfügung - jeweils 530 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF sowie aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit. Mit diesem Betrag können rund 115.000 Jugendliche an mehr als 2.500 Schulen gefördert werden.



Der Blick auf das Arbeitsprogramm der kommenden Monate macht deutlich: Die SPD bleibt auch 2015 die treibende Kraft in der großen Koalition.

Die Bundestagsfraktion wird zügig weitere Punkte des Koalitionsvertrags umsetzen, um das Leben der Menschen auch in unserer Region konkret zu verbessern und unsere Gesellschaft zu modernisieren.

Der Missbrauch von Werkverträgen muss bekämpft, die Situation von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern verbessert und die Lohnungleichheit von Frauen und Männern vorangetrieben werden. Gleichzeitig soll mit 10 Mrd. Euro zusätzlichen Investitionen, einem neuen öffentlichen Vergaberecht und mit dem Abbau unnötiger Bürokratie die deutsche Wirtschaft weiter auf Erfolgskurs gehalten werden.

Die Lebenswirklichkeit der Menschen befindet sich im Fokus der SPD-Bundestagsfraktion. Hinhören, wo den Menschen wirklich der Schuh drückt, das muss das Markenzeichen sozialdemokratischer Politik bleiben.

Auf unserer schon erwähnten Klausur zum Jahresauftakt haben die SPD-Abgeordneten deshalb diskutiert, welche **Themen** die Bürgerinnen und Bürger über die **Vorhaben** im Koalitionsvertrag hinaus bewegen. Im Mittelpunkt unserer Diskussion standen dabei die Generation der 30 bis 50 Jährigen, die durch Beruf, Kindererziehung, Pflege der eigenen alten Eltern und Sorge um die eigene Absicherung im Alter besonders stark beansprucht ist. Ihre Bedürfnisse möchte auch ich in diesem neuen Jahr stärker in den Blick nehmen.

In der zweiten Jahreshälfte wird die SPD-Fraktion auch einen Dialogprozess mit Vertretern der Zivilgesellschaft in Gang setzen, um konkrete Antworten zu formulieren.

Gemeinsam werden wir in diesem Jahr viel bewegen.  
Ich freue mich darauf, würde mich freuen von Ihnen zu hören  
und verbleibe mit vielen Grüßen aus Berlin sowie einem herzlichen Glückauf!

